

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:
Griedtstrasse 10, Berlin.
Telefon: Amt 2040/4100



Abdruck für Zeitung und Zeitschrift:
Berlin O 204, Tele. Amt 2040, Platz 6
Telefonamt: Central

Die Zeitung wird im Colportage-Vertrieb.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung möglich. Abdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung möglich. Abdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Berlin, den 12. Nov. 1932.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ein neuer Streich?

Gerüchte um die Papen-Barone. - Und der Reichspräsident?

SPD. Die Luft ist geschwängert mit Gerüchten. Das kann nicht wundern in einer Zeit, in der man weiss, dass sich das Reichskabinett mit dunklen Plänen trägt und jeden Tag aufs neue beweist, dass es unter einer autoritären Regierung eine Regierung versteht, die ihre Existenzberechtigung nicht aus dem Willen des Volkes und seiner Vertretung, sondern aus dem eines über den wahren Stand der Dinge bewusst im Unklaren gelassenen Reichspräsidenten herleitet. Man braucht nicht alles zu glauben, was eifrig von Mund zu Mund kolportiert wird und seinen Niederschlag in gewissen Andeutungen der Presse findet. Aber es wäre leichtfertig, sich über alle die warnenden Mitteilungen einfach hinwegzusetzen. Nach dem, was wir mit Herrn von Papen bisher erlebt haben, sind wir gezwungen mit allen Möglichkeiten zu rechnen, mögen sie auch noch so absurd erscheinen.

Der Versuch, die "nationale Konzentration" auf dem Wege über Besprechungen mit den Parteiführern zu beleben, ist gescheitert noch ehe die Verhandlungen begonnen haben. Aber ist das ganze von allem Anfang an mehr gewesen als das Bemühen, einen Vorwand zu finden? Die Papen-Barone konnten keinen Zweifel über die Erfolglosigkeit eines Vorgehens hegen, das den Parteien nur die Wahl liess, sich entweder ihrem Willen bedingungslos zu unterwerfen oder die vollständige Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen dem Parlament und der gegenwärtigen Regierung offenkundig zu machen. Und da Herr von Papen um die Aussichtslosigkeit seines Beginns wissen musste, tritt man ihm mit der Behauptung, er habe nur eine Kulisse für seine weiteren Handlungen schaffen wollen, sicher nicht zu nahe. Wahrscheinlich betrachtet er es noch als einen besonderen Glücksumstand, dass Hitler die Aufforderung zu einer Unterredung überhaupt ablehnt. Das schafft ihm, ganz gleichgültig, ob die anderen Geladenen erscheinen oder nicht, und ganz gleichgültig, wie sie sich äussern werden, willkommene Gelegenheit, die Schuld an dem Scheitern seiner angeblich so guten Absichten der grössten von den in seinen Augen nationalen Parteien zuzuschieben.

Was aber soll dann weiter werden? Hier setzendie Gerüchte ein. Da heisst es, der Reichstag solle noch vor seinem Zusammentreten aufgelöst werden. Zweimal haben sich die Wähler mit überwältigender Mehrheit gegen den Papenkurs und die Papen-Barone entschieden. Sie würden es ein drittes Mal ebenfalls tun, und alle in der letzten Zeit angestellten und in Zukunft vielleicht zu wiederholenden Bemühungen, einen Gegensatz zwischen dem Volk und den Parteien zu konstruieren, würden an diesem Ergebnis nichts ändern können. Die nochmalige Auflösung kann deshalb nur den Sinn haben, das Regiment der Papen-Barone gegen den Willen der überwiegenden Volksmehrheit weiterzuführen, den Volkswillen weiter zu missachten und nach den Wünschen einer kleinen Clique weiterzuwursteln. Alles das ist nur möglich, wenn sich die Papen-Barone entgegen dem

klaren Wortlaut der Verfassung wieder über das Parlament hinwegsetzen, wenn sie versuchen, Reichsreform und Verfassungsreform unter Berufung auf das staatliche Notstandsrecht, d.h. ein Recht, dessen Existenz nur von den reaktionärsten Staatsrechtslehrern anerkannt wird, durch Verordnung zu oktroyieren. Es gibt Leute - und sie gehören nicht zu den leichtsinnigen Schwätzern - die dem Kabinett Papen solche staatsstreichlerische Absichten allen Ernstes nachsagen und ihre Verwirklichung schon für die nächsten Tage ankündigen. Sie trauen einem Mann wie Herrn von Papen in Anbetracht seiner Unbekümmertheit mit der er diese Welt sieht, alles zu.

Allein die Tatsache, dass Gerüchte der gekennzeichneten Art im Umlauf sind, ruft die schwersten Beunruhigungen und Erschütterungen hervor, und alle denen es um das deutsche Volk zu tun ist, müssen von den Papen-Baronen endlich ein klares Wort verlangen, mit dem sie von den ihnen zugeschobenen Plänen nicht nur mit Redensarten sondern klar und eindeutig abrücken. Ausserdem ist es dringende Pflicht, den Reichspräsidenten auf die Gefahren der Stunde hinzuweisen. Sie wäre in erster Linie von den Ministerpräsidenten der Länder zu übernehmen, denn von allem anderen abgesehen, steht ein Gut, dessen Bedrohung Herr von Hindenburg nicht zulassen kann, auf dem Spiel: - die Einheit des Reiches. Zwar hat es der Reichspräsident bisher nicht einmal für notwendig gehalten, seine Barone nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs zu einer an sich selbstverständlichen Anstandspflicht gegenüber der Preussischen Staatsregierung anzuhalten und sie zu veranlassen, dass mindestens der Vorwurf der Pflichtverletzung auf die gleiche Art zurückgenommen wird, wie es von Herrn von Papen ins Land hinausgeröhlt wurde. Auch in anderen Fällen hat der oberste Vertreter des Volkes neuerdings ein Verhalten an den Tag gelegt, als ob es in der deutschen Geschichte weder einen 31. Juli noch einen 6. November mit ihren vernichtenden Volksurteilen gegen die Papen Barone gegeben hätte. Aber schliesslich hat auch der Reichspräsident den Willen des Volkes und den verfassungsmässigen Instanzen zu respektieren und dafür zu sorgen, dass Experimente unterbleiben, die unser Land in tiefes Unglück stürzen müssen. Ist er dennoch damit einverstanden, was gegenwärtig als Absicht der Papen-Barone überall zu lesen steht? Im Interesse Deutschlands ist eine schnelle und unzweideutige Antwort notwendig!

Die Papen-Barone stützen ihre Macht und ihr Recht auf die Bajonette der Reichswehr. Aber es gibt noch Kräfte, gegen die auf die Dauer auch die Bajonette eines Heeres von 100 000 Mann versagen müssen. Die Papen-Barone sind sich darüber nicht im Unklaren. Trotzdem scheint es starke Kräfte unter ihnen zu geben, die es bis zum Letzten treiben wollen. Wir warnen sie hundert- und tausendmal um Deutschlands willen. Den Anfang ihres Weges mögen sie kennen. Sein Ende wird bestimmt durch die Kräfte, die trotz aller Not auch heute noch in unserem Volke leben und die sich in seinen Organisationen und grossen Parteien widerspiegeln.

SPD. Amtlich wurde über die am Sonnabend abgehaltenen Beratungen der Ausschüsse des Reichsrats folgende Verlautbarung veröffentlicht:--

"In der Sonnabend-Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats wurde zunächst die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin-Krosigk, gab dazu einen Ueberblick über die Finanzlage im Reiche. Danach rechnet er mit einem Ausfall bei den Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen RM., von den etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen. Ausserdem legte der Minister den Schuldenstand des Reiches und die Verpflichtungen des Reiches aus: Garantien usw. dar

Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reichs an die Länder auf die Eisenbahnabfindung, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und schliesslich gleichheitliches Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmassnahmen. Der Reichsminister der Finanzen sagte zu, diese Forderungen der Länder innerhalb der Reichsregierung zu besprechen.

In der Nachmittagssitzung gab der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, eingangs einen Ueberblick über die Pläne der Regierung zur Reichsreform, wobei er betonte, dass diese Pläne in enger Fühlung mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollen. Hieran schloss sich eine ausführliche Aussprache. Abschliessend fassten die Vereinigten Ausschüsse folgende Entschliessung, die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt wird:

I. Die Massnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 gehen über die Massnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden weit hinaus. Ohne bei diesem Anlass die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, dass durch diese Massnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmässig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preussen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist. Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zusage gegeben, dass an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher dass die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderung erforderlichen Massnahmen trifft.

II. Bei der grossen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überstürzter Massnahmen und einer übereilten Behandlung die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinet und vor einer öffentlichen Bekanntgabe massgebend zu beteiligen."

SPD. Hamburg, 12. November (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Prozess gegen die schleswig-holsteinischen Bombenattentäter vor dem Altonaer Sondergericht unternahm der nationalsozialistische Verteidiger Freisler am Sonnabend eine grosse Offensive, um die Glaubwürdigkeit der Zeugen, die die Angeklagten durch ihre Aussagen auf das schwerste belastet hatten, zu beeinträchtigen.

Den Zeugen Reichswehrfeldwebel a.D. Baum, der der Staatsanwaltschaft die Namen der SS-Leute genannt hatte, die das Attentat in Glüsing verübten, bezeichnete er als einen ungläubwürdigen Menschen, der seine Aussagen nur gemacht habe, um sich die ausgesetzte Belohnung zu verdienen. Gegen diese Behauptungen der Verteidigung stehen die Aussagen des am Tage vorher eidlich vernommenen Kriminalsekretärs Woinke aus Flensburg, der die Vernehmung Baums durchgeführt hat und dem Gericht erklärte, dass er selbst den Zeugen Baum erst nach der Erstattung der Anzeige auf den ihm zustehenden Anteil an der ausgesetzten Belohnung aufmerksam gemacht habe. Der eigentliche Grund der Angaben Baums wäre aber die verlogene Berichterstattung der nationalsozialistischen Zeugen gewesen, die die Bombenattentate als das Werk linksgerichteter Kreise bezeichnet hätten. Darüber hinaus sei aber auch der Zeuge über die nationalsozialistische Bewegung, der er früher angehörte, ausserordentlich enttäuscht gewesen, sodass er keinen Grund mehr gehabt hätte, das, was er von den Bombenattentaten wusste, zu verschweigen.

Dem Referendar Ehlers, der im Auftrage der Staatsanwaltschaft Altona

die Vernehmung einiger Angeklagten vorgenommen hatte, warf die Verteidigung vor, dass er sich das Vertrauen der Angeklagten zu erschleichen versucht hätte, indem er sich als Mitglied der nationalsozialistischen Partei ausgegeben hätte. Der Zeuge Ehlers bestreitet diese Behauptungen entschieden und weist die Verdächtigungen über nicht einwandfreie Vernehmung entschieden zurück. Eine zweite Frage der Verteidigung an den Zeugen, ob er mit SS-Leuten gemeinsam gezecht habe, liess der Vorsitzende des Sondergerichts nicht zu.

Den dritten Hauptbelastungszeugen, den ehemaligen SS-Mann Thomsen, der am Freitag sensationelle Bekundungen über die Misstände in der nationalsozialistischen Bewegung und über die Vorgänge während der Wahnacht in Altona gemacht hatte, bezeichnet die Verteidigung ebenfalls als nicht glaubwürdig, ohne aber besondere Beweise für diese Behauptung beibringen zu können.

Der Zeuge Thomsen selbst bleibt bei einer Gegenüberstellung mit einem seiner ehemaligen Kameraden bei seiner Aussage. - Die Verhandlung wird am Montag weitergeführt.

SPD. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Massen-Entlassung und Säuberung der preussischen Ministerien von republikanischen Beamten. Beachtenswert an diesen Zeitungskomentaren ist die Tatsache, dass viele Blätter an der von den heutigen Machthabern gegebenen Begründung für diesen Beamtenschub achtlos vorbeigehen. Der amtliche Pressedienst der preussischen Staatskommissare gab am Freitag-Abend an, die Massnahme gründe sich auf das Prinzip der Verbilligung und der Vereinfachung der Verwaltung. Dass aber nur republikanische und ehemalige mittlere Beamte das alleinige Opfer dieses Sparsinns geworden sind, kennzeichnet bereits das Entschuldigungsgestammel der Reaktion, das in Wahrheit nur eine Zwecklüge ist. Sie ist der "autoritären und christlichen Staatsführung" gut genug, die Mittel zum Zweck zu heiligen. Und dieser Zweck ist: die gesamte preussische Verwaltung wieder zu einer Domäne und Fütte krippe ostelbischer Junker und der Korpsstudenten zu verwandeln. Es ist das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", der die volks- und staatsfeindliche Tendenz der Baronswirtschaft in folgenden Worten treffend charakterisiert:

"Alles was republikanisch eingestellt oder verdächtig ist, wird beseitigt. Was haben die Kreise, die heute regieren, für ein Geschrei gemacht wegen der "Parteibuchbeamten-Wirtschaft" in Preussen. Und jetzt? Die dünne Oberschicht der heute Regierenden will nicht nur die Macht, sondern den gesamten Staatsapparat in die Hand bekommen. Die Herren wollen nicht begreifen, dass in einem Volksstaat die politischen Beamten aus allen Schichten des Volkes kommen müssen. Dieser Grundsatz der Demokratie wird sich stärker erweisen als die neuen Herren und ihr Regiment."

Wir verzichten auf die Wiedergabe anderer republikanischer und demokratischer Stimmen und zitieren das einzige restlos hinter dem Papenregime stehende Berliner Zeitungsunternehmen, das des Herrn Hugenberg, der in seiner "Nachtausgabe" sagen lässt: "Die Pensionierung ist natürlich auch auf die politische Einstellung der betreffenden Beamten zurückzuführen". Das Organ der Grossagrarien, die "Deutsche Tageszeitung", bestätigt diese Tatsache mit den Worten: "Es wird mit den Parteibuchbeamten in der preussischen Zentralverwaltung gründlich aufgeräumt. Schliesslich bedeutet dieser Beamtenschub auch eine Verstärkung des juristischen Elements in der Zentralverwaltung, die von den Regierungen der Weimarer Koalition in besonders starker Masse mit Nichtjuristen durchgesetzt worden war."

In ihrem Triumphgeheul vergisst die schwarz-weiss-rote Baronspresse völlig, dass Herr von Papen und seine Kommissare nur entlassen haben um

zu sparen"! So bestätigen die Papenblätter, dass die "Spar-Lüge" nur das Mäntelchen sein sollte für den wahren Zweck: Die Verwaltung und das Volk in die Zeiten Wilhelms II. zurückzuführen, wo die Herren fein säuberlich unter sich sind und das Volk gerade gut genug zu bezahlen und das Maul zu halten. Kein Wunder! Wer Wilhelm II. und die Monarchie anbetet, kann sein Dreiklassensystem nicht verachten. Verachtet und gepfiffen wird nur auf einen: auf den dummen Michel, den man mit "autoritärer Staatsführung" und "Christentum" an der Nase herumführen will!

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)
Die französische Note über den Zahlungsaufschub für die am 15. Dezember fällige Schuldenrate und die Einleitung von Verhandlungen über eine Revision des Schuldenabkommens ist am Freitag-Abend vom französischen Botschafter Claudel dem amerikanischen Staatssekretär Stimson überreicht worden. Finanzminister Germain-Martin erklärte am Sonnabend-Mittag der Presse, dass er vor Dienstag keine Antwort von der amerikanischen Regierung erwarte, da Hoover erst an diesem Tage nach Washington zurückkehre.

SPD. Die 4. Unterkommission der deutsch-französischen Wirtschaftskommission hat am Freitag und Sonnabend in Berlin getagt. Sie hat die Berichte über die Gründung von zwei Konsortien entgegengenommen, die in Verwirklichung der Anregungen bei der letzten Tagung in Paris inzwischen erfolgt ist.

Das erste Konsortium ist eine technische Vereinigung von deutschen und französischen industriellen Gesellschaften. Das zweite Konsortium ist in der Form einer Aktiengesellschaft zwischen deutschen, französischen und englische Industriellen errichtet worden. Ihre Aufgabe ist die Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten im Ausland, besonders in den Fällen, in denen die Durchführung finanzieller Transaktionen damit verbunden ist. Die 4. Unterkommission begrüsst mit aufrichtiger Sympathie die Bildung dieser Konsortien als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Erreichung des gemeinsamen Ziels. Sie hat weiter einen vorläufigen Bericht über eine engere Zusammenarbeit zwischen den Industrien auf dem Gebiete der elektrischen Konstruktionen und besonders der teilweisen Elektrifizierung von Eisenbahnlinien gewisser europäischer Länder entgegengenommen. Sie hält die Prüfung der in diesem Zusammenhang gegebenen Anregungen für äusserst wertvoll und hat einige Mitglieder der Kommission mit der Ausarbeitung eines detaillierten Planes bis zur nächsten Tagung beauftragt.

Einigen breiten Raum nehmen in den Beratungen die Finanzierungsfragen ein. Es wurden beiderseits Berichte über das in Deutschland und Frankreich geltende System der Uebernahme von staatlichen Ausfallgarantien bei Lieferungen ins Ausland erstattet. Es wurde beschlossen, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete solcher staatlicher Ausfallgarantien in einem Sonderausschuss aus 4 Sachverständigen prüfen zu lassen. Die 4. Unterkommission war sich darüber einig, dass eine praktische Lösung dieser Frage erst in Verbindung mit konkreten eingehend vorgeprüften Projekten in Betracht kommen kann.

Die nächste Tagung der 4. Unterkommission wird im Laufe des Monats Februar in Paris stattfinden.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Trauerfeierlichkeiten der Genfer Arbeiterschaft für die Opfer der hiesigen Strassenunruhen verliefen ruhig. Vor den Trauerhäusern wurde den Leichen nach Genfer Sitte durch stummen Vorbeimarsch von Tausenden die letzte Ehre erwiesen.

In der Nähe des Gefängnisses von St. Antoine, wo der Sozialistenführer Nicole gefangen gehalten wird und das von Walliser Truppen mit Maschinengewehren besetzt ist, ereignete sich während der Trauerfeierlichkeiten ein Zwischenfall. Auf dem alten Platz Bourg de Four hatte sich eine grosse Menge eingefunden, die einem an den Unruhen nicht beteiligten aber ebenfalls erschossenen Bäckermeister das letzte Geleit geben wollte. Plötzlich fuhr über den Platz und mitten durch die Menge ein Lastauto mit Soldaten in Stahlhelmen und mit schussbereiten Gewehren nach dem Gefängnis. In stummer Bestürzung über so viel Unerfahrenheit der militärischen Führung nahm die versammelte Menge die Provokation hin. Als dann einige Zeit später eine unübersehbare Menge auf dem Quay an der Arve an dem Sarge des Kommunisten Fürst vorüberzog, erschien wieder ein Trupp Soldaten, der trotz aller Vorstellungen nicht davon abliess, sich mit Kolbenstössen einen Weg durch die Trauergemeinde zu bahnen, um in sein benachbartes Quartier zu gelangen. In grosser Erregung zog die provozierte Menge schliesslich vor die grosse Ausstellungshalle, vor der das mörderische Blutbad am Mittwoch angerichtet worden war. Die Halle war restlos mit mobilisierten Truppen belegt. Als die Beerdigungsteilnehmer die aufreizenden Vorfälle erzählten, kam es zu Manifestationen gegen die Truppen und die Regierung. Die Streikenden begannen wiederholt die Internationale zu singen. Die Soldaten in der Halle sangen schliesslich mit.

Der Generalstreik-Parole sind nur die Bauarbeiter und die Belegschaften der industriellen Betriebe restlos gefolgt. Die Strassenbahnen fuhren. Am Nachmittag versuchten Streikende, einzelne Strassenbahnwagen am Weiterfahren zu hindern. Die Regierung entsandte sofort zur "Herstellung der Ordnung" Soldaten, die sich jedoch mit den Streikenden verbrüderten und die Internationale sangen. Auf Befehl des Militär-Kommandeurs wurden die Truppen dann bald in ihr Quartiere zurückgezogen. Die Regierung selbst ordnete die sofortige Einfahrt aller Strassenbahnwagen in die Bahnhöfe an.

SPD. Als dieser Tage in der sozialdemokratischen Presse die ersten Nachrichten über den von den Papen-Kommissaren in Preussen geplanten Beamten-schub auftauchten, hat Ministerpräsident Braun sofort ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er gegen die inzwischen durchgeführten Massnahmen scharf protestierte. Der Reichspräsident hat auf diesen, vom 7. November datierten, Brief geantwortet, dass der Beamtenschub dem Leipziger Urteil nicht widerspreche. Otto Braun führte in seinem Beschwerdebrief u.a. aus :

"Bereits in der Unterredung vom 29. v. Mts. habe ich die Bitte geäussert, der Herr Reichskommissar für Preussen möge von weiteren personellen Veränderungen im preussischen Beamtenkörper solange absehen, bis eine Verständigung hierüber mit der preussischen Landesregierung herbeigeführt worden ist. Die seit dem 20. Juli vorgenommenen umfangreichen personellen Veränderungen haben die Preussische Verwaltung in ihren Grundlagen erschüttert. Es handelt sich bei den davon betroffenen Beamten verschiedentlich gerade um besonders wertvolle und tüchtige Kräfte der Preussischen Verwaltung, um Beamte, die mehr als ein Vierteljahrhundert, teilweise noch länger, dem Beamtenkörper Preussens oder des Reichs angehört, ihren Mann gestanden, sich in jeder Hinsicht aufs vorzüglichste bewährt haben und durch ihre wertvolle Mitarbeit dazu beigetragen haben, die schweren Erschütterungen nach 1918, im Ruhrkampf

und in der Inflationszeit zu überwinden. Der Grund für diese Massnahmen liegt bei dem grössten Teil ganz offensichtlich in der politischen Einstellung oder in der konfessionellen Zugehörigkeit der Beamten.

Als besondere Kränkung mussten es unter diesen Umständen die Beamten empfinden, dass in den Schreiben des Reichskommissars, in denen ihnen ihre Versetzung in den einstweiligen Ruhestand mitgeteilt wurde, entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten nicht ein Wort des Dankes und der Anerkennung für ihre langjährige Tätigkeit enthalten war. Die Herren Reichskommissare haben es weiter zum mindesten geduldet, dass die ihnen nahestehenden Zeitungen stets von einer "Säuberung des Beamtenkörpers in Preussen" sprechen durften. Noch bei der schon erwähnten Unterredung vom 29.v.Mts. hat der Herr Reichskommissar für Preussen erklärt, sämtliche Massnahmen seien lediglich "aus sachlichen Gründen" getroffen worden. Im Interesse der preussischen Beamenschaft, im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens zwischen der Preussischen Landesregierung und dem Reichskommissariat richte ich daher namens des gesamten Preussischen Staatsministeriums an Sie die dringende Bitte, die angekündigten weiteren Massnahmen zu verhindern....."

Es hat nichts genützt. Hindenburg hat sich vor die Papen-Barone gestellt!

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

Das französische Kabinett hat am Sonnabend den Text des neuen Abrüstungsplans nach einigen formalen Änderungen einstimmig gebilligt. Er umfasst elf Schreibmaschinenseiten und soll nach Schluss des am Montag stattfindenden Ministerrats, dem er zur endgültigen Genehmigung unterbreitet werden muss, veröffentlicht werden.

SPD. Was die Beamten in Zukunft von den Zufalls-Machhabern in Preussen-Deutschland zu erwarten haben, beweist die Art und Weise, wie am Freitag höhere republikanische Beamten der preussischen Ministerien in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind. Die "autoritäre Staatsführung" fand es nicht einmal der Mühe wert, die Entlassenen vorher persönlich zu benachrichtigen. Nachmittags gingen sie ahnungslos aus ihrem Dienst und abends erfuhren sie durch den Rundfunk, dass sie in den Ruhestand versetzt seien. Wer nicht am Radio sass, dem konnte es passieren, dass ihm am nächsten Morgen die Zeitung oder gar die Milchfrau die Nachricht von seiner Amtsenthebung als Neuigkeit überbrachte.

So wurden 68 höhere Beamte der Ministerien behandelt, unter denen sich anerkannte und hochgeachtete Wissenschaftler befinden und teilweise Staatsdiener, die sich seit 25 Jahren und länger hervorragende Verdienste für Staat und Volk erworben haben. Jede Hausfrau würde sich schämen, in welcher Weise ihre Hausangestellte zu behandeln, wie es sich die höchsten Beamten von den Herren Papen und Bracht gefallen lassen mussten. Das eröffnet gleichzeitig einen Blick in die soziale Gesinnung der neuen Machthaber und zeigt, welcher Art nach ihrer Meinung die Beamtenpolitik sein muss.

SPD. In den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats hat sich die Papen-Regierung am Sonnabend eine neue Niederlage geholt. Der Chef der Barons-Regierung glänzte zwar auch hier wie überall, wo er Gefahr laufen könnte, ohne ein fertiges Manuskript "reden" zu müssen, wieder durch Abwesenheit. Statt seiner musste der Reichsinnenminister die Niederlage einstecken. Sie

offenbarte sich darin, dass die Landesvertreter, die das Wort nahmen, sich eindeutig dem Standpunkt der preussischen Staatsregierung anschlossen und schliesslich eine Entschliessung angenommen wurde, in der zum Ausdruck kommt, dass die mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringende "Gleichgewichtsveränderung" in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern schnellstens behoben werden muss.

Otto Braun führte im Verlauf der Sitzung u.a. aus, dass Vorbesprechungen der Reichsregierung mit den grösseren Ländern stattgefunden hätten, zu denen Preussen "und die übrigen kleinen Länder" nicht zugezogen worden seien, sodass diese auf die wenig ergiebigen Mitteilungen des Reichsinnenministers über die beabsichtigten Reformen angewiesen seien. Daraus ergebe sich aber, dass noch immer keine konkreten Entwürfe vorlägen, nicht einmal im Schosse der Reichsregierung. Das Problem der Reichsreform sei nicht neu. Es sei namentlich auf der Länderkonferenz bis in alle Einzelheiten erörtert worden. Er hoffe, dass die Arbeiten im wesentlichen auf dieser Grundlage fortgesetzt würden. Zweifellos bestehe nach der Reichsverfassung ein unzweckmässiger Dualismus zwischen Reich-Preussen. Preussen habe sich in den letzten 10 Jahren mit Erfolg bemüht, durch entgegenkommende Haltung gegenüber dem Reiche diesen Dualismus möglichst wenig fühlbar zu machen. Art. 48 sei kein geeigneter Weg, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, sei es das einfachste Gebot der Loyalität, wenn nicht der Rechtsgedanke vor die Hunde gehen solle, dass die preussischen Minister wieder in ihr Amt eingesetzt würden. Das sei bisher nicht geschehen. Das müsse der erste Schritt sein; dann werde es auch möglich sein, sich über die Zusammenarbeit zu verständigen. Die preussischen Minister klebten nicht an ihren Ämtern; sie seien sofort zurückgetreten, aber er könne nach der Verfassung als Ministerpräsident sein Amt nicht niederlegen, solange der Landtag noch keinen Nachfolger gewählt habe. Nach der bisherigen Behandlung durch die Reichsregierung könne er trotz des Leipziger Urteils noch nicht einmal über einen Bleistift selbst verfügen. Zu den übrigen Plänen der Reichsregierung auf Verfassungsreform müsse man sich als Politiker doch fragen, ob eine Aussicht für eine verfassungsändernde Mehrheit für solche Reformen vorhanden sei. Wie denke die Regierung denn ihre Reformen durchzuführen, wenn das nicht der Fall sei. Darüber etwas zu wissen, liege durchaus im Interesse der Länder und insbesondere im Interesse der Ruhe und Ordnung. Wenn nicht weiter wilde Gerüchte kursieren sollten, wenn die Öffentlichkeit nicht noch verwirrter werdensolle, als sie jetzt schon sei, dann müsse man hierüber Klarheit verlangen und rechtzeitig die Reichsregierung warnen.

Im Anschluss an Braun, dessen Rede einen ausgezeichneten Eindruck hinterliess, wandte sich der bayerische Ministerpräsident Held ebenfalls gegen die Papen-Barone. Auch er warnte vor Verfassungsexperimenten und forderte die Papen-Regierung auf, dem Konflikt mit Preussen schnellstens in loyaler Weise ein Ende zu machen. Der badische Staatspräsident Schmitt, der ebenfalls in die Debatte eingriff, fragte den Reichsinnenminister, was an den neuesten Gerüchten über Verfassungsexperimente der Reichsregierung sei. Freiherr von Gayl erwiderte in ein und derselben Rede, dass es sich dabei um "Kombinationen" handle und etwas später - ihm sei von derartigen Plänen nichts bekannt. Und Herr von Papen?

Die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats hinterliess den Eindruck, dass die Papen-Barone bei irgendwelchen Verfassungsexperimenten auch in den Ländern scharfe Gegner haben werden.

SPD. Dessau, 12. November (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion des anhaltischen Landtags hat an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, die sich mit dem parteipolitischen Missbrauch des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Anhalt durch den nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Freyberg beschäftigt.

Der Freiwillige Arbeitsdienst, den die Anhaltische Regierung in zwei geschlossenen Lagern in Dessau und in Bernburg eingerichtet hat, muss, wie aus der Eingabe klar hervorgeht, geradezu als eine getarnte SA auf Reichs- und Staatskosten betrachtet werden. Die Teilnehmer des Freiwilligen Arbeitsdienstes provozieren fortgesetzt die freiorganisierten Arbeiter. Sie singen in herausfordernder Weise ihre Hetzlieder vor allem vor den Lokalen und Gebäuden, in denen die Unternehmungen der Arbeiterschaft untergebracht sind. Sie treten auch planmässig als Störer in sozialdemokratischen Versammlungen auf.

Eine Interpellation im Anhaltischen Landtag brachte keine Abstellung der Misstände. Der Regierungsvertreter bestritt einfach, was jeder Mensch in Dessau und in Bernburg tagtäglich sehen muss, und der Nazifraktionsredner, Gauleiter Hofmann, erklärte zynisch, dass in den anhaltischen Arbeitsdienstlagern, deren Träger das anhaltische Staatsministerium sei, selbstverständlich nationalsozialistischer Geist herrschen müsse.

Das Aufsichts- und Kontrollrecht des örtlichen Arbeitsamtes wird missachtet. Die Zulassung und Förderung des einzelnen Arbeitsdienstwilligen erfolgt ohne jedes Benehmen mit dem Arbeitsamt durch das Staatsministerium selbst.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat, veranlasst durch die Reichsreformpläne der Papen-Barone, im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht in dem es heisst:

Der Landtag wolle beschliessen, das Staatsministerium zu ersuchen, 1. in Reichsrat jedem Versuche, die demokratischen Rechte des deutschen Volkes anzutasten, bei der Beratung eines etwa von der Reichsregierung vorgelegten Entwurfs zur Änderung der Verfassung den entschiedensten Widerstand zu leisten und die preussischen Reichsratsstimmen entsprechend zu instruieren, 2. keinen Entwurf der Reichsreform zuzustimmen, in dem die Rechte Preussens weniger gewahrt werden, als die der anderen Länder und die Stellungnahme zu einer Verstärkung der Reichsgewalt davon abhängig zu machen, ob sie in gleicher Weise gegenüber allen Ländern durchgeführt werden soll.

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der japanische Abgeordnete Matsuoka, Delegierter Japans für die bevorstehende Völkerbundsratstagung, die sich mit dem Lytton-Bericht über den chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandschurei beschäftigt wird, ist am Sonntagabend in Paris eingetroffen. Er wird bis zum 17. November in der französischen Hauptstadt bleiben und während seines Aufenthalts Unterredungen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten, darunter auch mit dem Ministerpräsidenten Herriot, haben. Bei einem Empfang der französischen Presse erklärte Matsuoka, dass Japan in dem Wunsche, mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten, sich bemühen werde, die Gründe auseinanderzusetzen, die Japan, das in seinen wichtigsten Interessen bedroht gewesen sei, veranlasst hätten, in der Mandschurei "eine Aktion zur Bekämpfung des dort herrschenden Banditentums" einzuleiten.

Die aller Welt

Abbau der Kultur.

"Zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung".

SPD. Die Preussenkommissare haben nicht weniger als 140 Referate aufgelöst. Besonders grotesk erscheint die Entlassung gerade der Beamten im Kultusministerium, die für Verbreitung und Demokratisierung von Wissen und Kunst am meisten geleistet haben. Es sind die Ministerialräte Becke, Woldt, Kestenberg und Seelig.

Überschauen wir ihre Leistungen seit dem November 1918, so ergibt sich folgendes Bild: Der Ausbau der Volkshochschulen, deren Notwendigkeit sogar Wilhelm II. im Jahre 1905 erkannt hat, ist Beckers Werk. Diese Volkshochschulen beschränkten sich nicht auf die Städte, sondern breiteten sich auch auf dem flachen Lande aus, wo 50 bis 60 Volkshochschulheime eine ausserordentlich wohltätige Wirkung entfalten konnten. Hier und auch im Volksbüchereiwesen wurden insbesondere die Grenzbezirke berücksichtigt. Alles war hier Neuland; denn der alte Junkerstaat hat für Bildungszwecke nie etwas übrig gehabt. Der Freistaat Preussen hat sich aber nicht mit der Errichtung von einigen Tausend Büchereien begnügt, sondern er hat auch staatliche Beratungsstellen für Bildungsbeflissene eingerichtet, ausserdem fünf eigene Schulen für den Nachwuchs an Bibliothekaren in den grösseren Provinzhauptstädten. Die Nachbarstaaten, namentlich Dänemark und die Tschechoslowakei, aber auch Schweden und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sind hier durch Erlass von Büchereigesetzen mit gutem Beispiel vorgegangen.

Professor Woldts Verdienst ist die Schaffung der "Akademie der Arbeit" in Frankfurt am Main, die der Weiterbildung der Arbeiter, Angestellten und Beamten dient. Ausserdem betraute er das Tarifwesen einiger 1000 Angestellten und Arbeiter der staatlichen Institute. Ihm vor allem ist die Wahrung der Arbeiterinteressen im Universitätswesen Preussens zu danken.

Musik und Theater waren die Referate von Kestenberg und Seelig. Leo Kestenberg hat, wie ihm ein Brief des Kasseler Intendanten Bekker nachrühmt, "Jahre hindurch in vorderster Linie der amtlichen preussischen Musikpolitik gestanden". Dafür ist ihm "die Auszeichnung" zuteil geworden, in die Reihe derer aufgenommen zu werden, die - in der Nazisprache - als die eigentlichen Repräsentanten des "Systems" und damit als Zielscheiben für die "ganze Richtung" - gelten". Kestenberg war der Meinung, "das Musikalische" sei "in jedem Menschen beheimatet". Es komme nur darauf an, dieses "Musikalische" zu wecken und zu pflegen. Er erreichte das durch eine Reform des gesamten Musikunterrichts an allen Schulgattungen: Elementarschulen, Mittelschulen, Seminaren für Kindergärtnerinnen. Weiter betrieb er den Ausbau des aus früheren Zeiten vorhandenen, aber unfruchtbaren "Akademie für Kirchen- und Schulmusik". Immer schwebte ihm das Ziel vor, das Volk zu den Quellen des musikalischen Verständnisses zu führen. Diesem Ziel diente auch die Gründung einer "Interessentengemeinschaft für das Chorgesangwesen". Sie umfasste den "Arbeitersängerbund", den "Deutschen Sängerbund", den "Reichsverband gemischter Chorgesangvereine" und die "Lehrergesangvereine".

Dem "Zentralen Institut für Erziehung und Unterricht" in Berlin gliederte Kestenberg eine Musikabteilung an und, gemeinsam mit Professor Schünemann, eine "Rundfunksversuchsstelle". Die sachliche und personelle Reform

der Berliner Hochschule für Musik, die Berufung bedeutender Musiker an die Meisterschule für Komposition eines Pfitzner, Busoni, Schönberg, die Gründung einer Hochschule für Musik in Köln, der Ausbau der Institute für Kirchen- und Schulmusik in Königsberg und Breslau, das alles ist sein Werk. Mehr noch: er suchte das gesamte Privatunterrichtswesen durch einen Erlass aus dem Jahre 1925 zu verbessern: der Musikunterricht sollte nicht mehr wie bisher freies Jagdgebiet unfähiger Pädagogen sein, sondern von einem staatlichen Zulassungsschein, d.h. von einer gründlichen Befähigungsprüfung abhängig gemacht werden. Seiner Anregung ist auch die Herausgabe des muster-gültigen Staatlichen Volksliederbuches für die Jugend zu danken.

Ludwig Seelig befolgte als Theaterreferent in seiner Tätigkeit den Grundsatz: das Theater dem Volke! Es muss betont werden, dass er die Unterstützung aller Parteien im Landtag fand, auch der Deutschnationalen, als er die Preussische Landesbühne ins Leben rief. Sie hat das geleistet, was die Volkshochschulbewegung für die Bildung besorgte: die Verbreitung der Kultur und zwar der Theaterkultur auf dem flachen Lande. Auch hier wurde den Grenzgebieten besondere Fürsorge zugewandt. Die Wandertheater fanden in ihm einen verständnisvollen Förderer. Tarifwesen und Bühnenschiedsgerichte gehörten ebenfalls zu seinem Arbeitsbereich.

All das soll jetzt zerschlagen werden "zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung!"

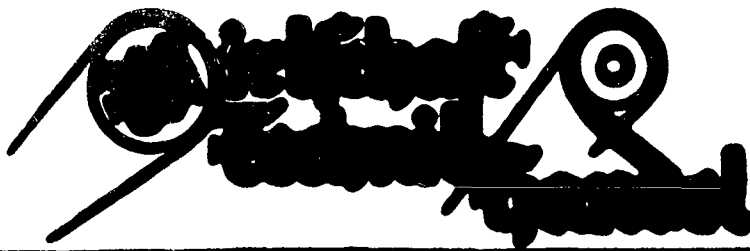
Dr.H.

+ + +
Mord. Im Walde von Siegen (Westfalen) wurde die 27jährige Ehefrau Emma Schüler ermordet aufgefunden; die Täter, ein 21jähriger Bergschüler Werner Stitz aus Siegen und sein Freund Herbert Kleemann konnten gefasst werden. - Frau Schüler, die seit einigen Monaten von ihrem Manne getrennt lebte, hatte zu Stitz Beziehungen unterhalten, die nicht ohne Folgen blieben. Der junge Liebhaber und sein Freund hatten daraufhin Frau Schüler in den Wald gelockt, niedergeschlagen und erdrosselt.

+ + +
80 000 Mark unterschlagen! Die Grosse Strafkammer Kassel verurteilte den 28 Jahre alten Bankkassierer Willi Ranft wegen fortgesetzter Urkundenfälschung und wegen Unterschlagung von 80 000 Mark zu zwei Jahren Gefängnis. Die Unterschlagungen wurden fünf Jahre lang nicht aufgedeckt, weil die Bankkunden, die Ranft betrog, keine laufenden Kontoauszüge über den Stand ihrer Sparguthaben bekamen. Der Vorsitzende wies in der Urteilsbegründung darauf hin, dass der Angeklagte nicht verglichen werden könne mit den Familienvätern, die die Not auf Abwege triebe und die nachher nach den Buchstaben des Gesetzes hart bestraft werden müssten.

+ + +
Flucht eines Bankiers. Direktor Schäfer von der Düsseldorfer Filiale der Dedi-Bank ist geflüchtet. Eine Nachprüfung ergab, dass Dr. Schäfer Konten seiner Bankkunden in Anspruch nahm, um eigene Schulden, die er durch missglückte Effektengeschäfte erlitten hatte, zu decken. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

+ + +
"Der böse Drache". Im Bullerjahn-Prozess ergab sich während der Sonnabend-Verhandlung des Reichsgerichtes, dass der von der Anklage konstruierte Landesverratsgrund hinfällig zu sein scheint. Man nahm an, dass Bullerjahn sich an der Wittenauer Leitung der "Berlin-Karlsruher Industriewerke" für eine Warnung, die ihm erteilt worden war, rächen wollte. Jener Verweis, durch den sich Bullerjahn gekränkt fühlte, stammt aber allem Anschein nach gar nicht von der Direktion selbst, sondern war von der Privatsekretärin des Wittenauer Generaldirektors von Gontard, die als der "böse Drache von



Landgemeindetag.

Der Graf liess sich entschuldigen - Sozialdemokratische Vorschläge für die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms.

SPD. Am Sonnabend fand in Berlin der äusserst stark besuchte Delegiertentag der Preussischen Landgemeinden statt. Die Tagung war von den schweren Sorgen um die Auswirkungen der fürchterlichen Arbeitslosigkeit, die Arbeitsbeschaffungsfragen und die äusserst bedrohte Finanzkraft der Gemeinden beherrscht.

Die Landgemeinden hatten den Reichskanzler von Papen eingeladen, ihren Verhandlungen beizuwohnen. Man kann ihren Wunsch verstehen, dem gegenwärtigen Leiter der Reichspolitik, der auch die Verantwortung für die katastrophale Entwicklung der Verhältnisse in den Gemeinden trägt, von Angesicht zu Angesicht ihre Sorgen und ihre Befürchtungen vorzutragen. Der Reichskanzler, der ursprünglich sein Erscheinen fest zugesagt hatte, liess sich jedoch entschuldigen. Herr von Papen, der alle Nase lang vor Industriellen und vor der Landwirtschaft Reden abliest, der sich freimachen kann, um an Jagden teilzunehmen und auf Berliner Rennbahnen Ehrenpreise überreicht, hatte wieder einmal keine Zeit. Genau wie bei der Tagung der Gewerkschaften und der Berufsbeamten. Das Entschuldigungsbrieflein des Reichskanzlers wirkte wie eine kalte Dusche und hoffentlich wird man im Landgemeindetag, wo der Wind seit einiger Zeit stark nach rechts weht, merken, wie die Barone das mit dem "beschränkten Untertanenverstand" meinen.

Das Hauptreferat hielt der Präsident Landrat a. D. Gereke, der der Regierung bescheinigte, dass sie sich mit ihrem Projekt, 1½ Millionen Erwerbslose durch Beschäftigungsprämien wieder in den Produktionsprozess einzuschalten, verrechnet hat. Für Gereke ist das Regierungsprogramm keine wirkliche Hilfe. Er fordert ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das zur Wiederherstellung der Kaufkraft der Massen die Arbeitslosen zu vollem Lohn wieder in den Arbeitsprozess einreicht. Man kann diese Forderung nur unterstreichen. Hinsichtlich der Finanzierung schlug Gereke eine "Kreditschaffung auf der Grundlage der Steuerhoheit der öffentlichen Hand vor, weil Kredite, für die die öffentlich-rechtlichen Körperschaften bürgen, ebenso sicher sind wie die von der Reichsregierung gewährten Kredite auf der Grundlage von Steuergutscheinen". Hinsichtlich der Inflationsbefürchtungen betonte Gereke die begrenzte Kreditschaffung und die Kontrolle zentraler Stellen. Von seinem ursprünglichen Programm, das auch schon bei einem Versuch der Verwirklichung in Inflation gemündet hätte, ist Gereke am Sonnabend stark abgewichen.

Grosse Bedeutung dürfte einer stark besuchten Sondertagung der sozialdemokratischen Delegierten zukommen, auf der u. a. Reichstagsabgeordneter Dr. Hertz und Amtsvorsteher Zimmer-Düneberg sprachen. Den Vorträgen und der anschliessenden lebhaften Aussprache lagen folgende Gedanken zugrunde: Angemessene Beteiligung der Landgemeinden an allen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Reichsregierung; angemessene Beteiligung der Gemeinden an den Steuergutscheinen und zwar nicht nur Ausdehnung des Steuergutscheinensystems auf

die öffentlichen Betriebe, sondern auch Gewährung von Einstellungsprämien an die Gemeinden, wenn sie selbst Arbeiten durchführen oder wenn Einstellungen auf Grund kommunaler Anträge erfolgen; Auflegung einer Arbeitsbeschaffungsanleihe (Prämienanleihe) des Reichs in Höhe von 500 Millionen Mark und Ergänzung derselben durch eine Zwangsanleihe, so weit die Anleihe nicht freiwillig gezeichnet wird; Zuführung aller auf Grund der Arbeitsmassnahmen freizuerwerbenden Mittel der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und der für die Krisenfürsorge bereit gestellten Haushaltmittel des Reichs an die Gemeinden zum Zweck der weiteren Durchführung öffentlicher Arbeiten; Gewährung von Zinszuschüssen, die den Gemeinden für Arbeitsbeschaffungszwecke gewährt werden.

Damit haben die sozialdemokratischen Vertreter eine Plattform geschaffen von der aus sich die Verwirklichung eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms, vor allem finanziell, ermöglichen lässt.

SPD. Der Konkursverwalter des Nordwollekonzerns hat einen neuen Bericht, den sechsten, vorgelegt und erinnert damit die Welt wieder einmal an die Gebrüder Lahusen, die sich als Protektoren Hitlers betätigten und geradezu einen ganzen Industriezweig zugrunde wirtschafteten. Diese Bankrotteure haben viel zur Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland beigetragen.

Ueber ein volles Jahr hat nun der Konkursverwalter gebraucht, um den Nordwolleknäuel auch nur einigermaßen abzuwickeln. Das Ergebnis ist folgendes: An bevorrechtigten Forderungen sind fast 5,25 Millionen Mark angemeldet worden, an nicht bevorrechtigten Forderungen über 300 Millionen. Mitte Dezember soll es das erste Geld aus dem Nordwollekonkurs geben. Bevorrechtigte Forderungen will man ganz zahlen. Auf die nichtbevorrechtigten Forderungen sollen 4 % ausgeschüttet werden. Diese Regelung erfordert die Aufwendung von über 16 Millionen Mark. Ausserdem hat der Steuerfiskus für die Jahre 1930 und 1931 noch eine Forderung von einer Million Mark.

Wie auch in anderen Fällen, wo Grosskonzerne in die Pleite gingen, bezahlen Arbeiter und Angestellte, Pensionäre, Witwen und Waisen die Zeche. Man hat sich in diesen Kreisen vielfach noch getröstet, dass ihre Forderungen als bevorrechtigt angesehen und voll ausgezahlt werden. Mit diesem Glauben macht der Konkursverwalter Schluss. Aus den bevorrechtigten Forderungen, die in Höhe von 5,24 Millionen Mark angemeldet wurden, scheiden nämlich 640 000 Mark Sparguthaben und 1,24 Millionen Mark Anmeldungen der Pensionäre aus. Hoffnungen, dass diesen Leuten Gerechtigkeit wird, müssen wohl damit begraben werden. Aber der Betrug der Lahusen wirkt sich noch weiter aus. Als bevorrechtigte Forderungen waren u.a. angemeldet von Pensionären 2,48 Millionen Mark, von Pensionärwitwen 1,1 Millionen, von aktiven Mitgliedern der Pensionskasse 7,2 Millionen und von Unterstützungsempfängern 40 000 Mark. Diese Anmeldungen werden als bevorrechtigte Forderungen nun umstritten und es steht schlecht um die Hoffnungen der Betroffenen, hier auch nur in etwa zu ihrem Recht zu kommen.

Noch immer ist aber die Forderung der Sozialdemokratie unerfüllt, Werksparkassen usw. unter besondere Kontrolle zu stellen, damit sich Vorfälle wie die bei Lahusen nicht wiederholen. Der Fall Lahusen muss ein Alarm sein, dass diese sozialdemokratische Forderung endlich erfüllt wird.

Im übrigen wäre es nur Recht und Gerechtigkeit, wenn die Forderung des Steuerfiskus zu Gunsten der betroffenen Pensionäre, Witwen, Sparer usw. abgelenkt würde. Die Regierung Papen hat so viel Steuern an die Landwirte und an die Industrie verschenkt. Ist es nicht billig, wenn sie hier auf Steuern verzichtet, wo es sich um die Ärmsten der Armen handelt?

SPD. Bei der Eröffnung der Delegiertentagung des Verbandes der Preussischen Landgemeinden am Sonnabend im Reichstagsgebäude musste der Vorsitzende, Bürgermeister Lange-Weisswasser mitteilen, dass sich der eingeladene Reichskanzler von Papen wegen Zeitmangels entschuldigt habe. Als Vertreter der Regierung nahm Professor Dr. Popitz das Wort, der jedoch den drängenden Fragen der Gemeindefinanzen weit aus dem Wege ging. Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landgemeindevverbandes Landrat von Arnim-Rittgarten betonte, dass die ländliche Selbstverwaltung in den vergangenen schweren Jahren und besonders in der Krisenzeit ihre Feuerprobe bestanden habe. Der treuen Pflichterfüllung der Gemeindevorsteher und Bürgermeister in den Landgemeinden sei es zu danken, wenn unser öffentliches Leben vor schweren Erschütterungen bewahrt worden ist. Für die industriellen Gemeinden sprach Amts- und Gemeindevorsteher Zimmer-Düneberg, der an die gemeinsamen Kämpfe des Verbandes um die Erhaltung der Selbstverwaltung, um die Lösung des Problems der Eingemeindung, eines gerechten Lastenausgleichs, der Sicherung der kommunalen Finanzkraft, der eigenen Finanzhoheit usw. erinnerte und mit der Erklärung schloss: "Wir stehen mitten in einem völligen Umbau der kommunalen Gesetze. Dass dabei die Landgemeinden Führer im Kampf um die Wiederherstellung der Selbstverwaltung und um die Sicherung des Wohls der Einwohner unserer Gemeinden und auch Sieger seien, das sei heute unser einiges Bekenntnis und unser einiger Wunsch".

Landrat a.D. Dr. Gereke, Präsident des Landgemeindetags, führte hinsichtlich der Verwaltungsreform in Preussen aus, dass jede gesunde Reform den Zug zur Dezentralisation und nicht zur Zentralisation haben müsse, wie er leider in einem Teil der preussischen Reformmassnahmen unverkennbar sei. Schicksalsfrage der Gemeinden sei die Arbeitslosigkeit. Die Berechnungen der Reichsregierung vom Juni seien durch die erhebliche Steigerung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen überholt. Eine echte Beseitigung der Arbeitslosigkeit um rund 1 Million hätten wir seit Februar nicht gehabt. Ein Viertel der gesamten Bevölkerung, rund 15 Millionen Menschen, sei durch die Arbeitslosigkeit in ihrer Kaufkraft ausserordentlich geschwächt. Mit Notstandsarbeiten und freiwilligem Arbeitsdienst komme man an den Kern der Dinge, an die Wiederherstellung der Kaufkraft der Massen, nicht heran. Deshalb erhebe der Landgemeindetag die Forderung nach Gewährung des vollen Lohnes für die beschäftigten Arbeiter. Gegenüber dem Referentenentwurf der Reichsregierung für ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm nähmen die Gemeinden eine kritische Stellung ein. Der Landgemeindetag fordere ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Aussichten für ein Gelingen des Papenplans hätten mehr Gewissheit, wenn man den viel gradlinigeren Weg eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms gegangen wäre.

Der Landgemeindetag nahm als Resultat seiner Beratungen zwei Entschliessungen an. In der einen Entschliessung stellt sich der Verband der preussischen Landgemeinde hinter die Ausführungen des Landrats a.D. Gereke. Die Arbeitslosigkeit müsse schleunigst wesentlich eingeschränkt werden. Der Anstoss zur Belebung der Wirtschaft habe durch Vergebung öffentlicher Aufträge des Reiches, der Länder und Gemeinden zu erfolgen, weil die Privatwirtschaft heute nicht in der Lage ist, eine derartige Aufgabe zu erfüllen. Die Landgemeinden müssten das bekannt gewordene kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung auf das Entschiedenste ablehnen, weil ihnen dabei nicht nur die Beibehaltung der bisherigen Wohlfahrtslasten, sondern darüber hinaus noch neue zusätzliche Belastungen zugemutet werden. Die Landgemeinden hielten an den Grundgedanken ihrer Leitsätze für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fest.

Die Entschliessung über Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung besagt, dass die Vereinfachung der Verwaltung nicht durch Steigerung des

Bürokratismus oder durch Zebtralisation erreicht werden könne, sondern durch Uebertragung der Verwaltungsgeschäfte örtlicher Art an die dazu berufenen Körperschaften, die organisch gewordenen Einzelgemeinden. Verbilligung der Verwaltung liesse sich nur erreichen, wenn die Eingriffe des Staates in die zu dem Verwaltungsrecht gehörenden örtlichen Aufgaben möglichst eingeschränkt werden und der staatliche Behördenapparat entsprechend verkleinert wird. Bei der Verwaltungsreform seien schematische Massnahmen unter allen Umständen zu vermeiden. Wegen der wirtschaftlich notwendigen Förderung einer Rückwanderung auf das Land sei die Erhaltung und Stärkung der örtlichen Behörden von entscheidender Bedeutung. Die bevorstehende Verwaltungsreform müsse endlich mit der bevorzugten Behandlung der Städte, insbesondere der Grosstädte, zum Nachteil der Landgemeinden Schluss machen, damit eine wahre Parität zwischen Stadt und Land geschaffen wird.

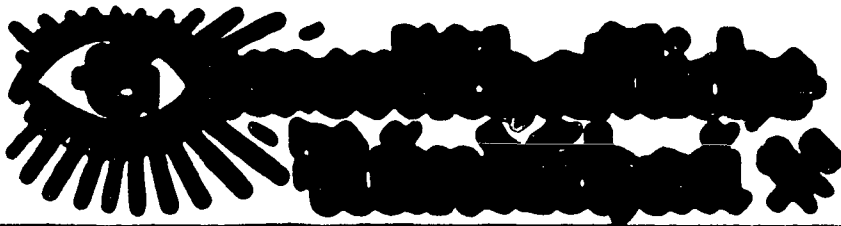
Problematische Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 12. November)

SPD. Die Sonnabendbörse bewies, wie künstlich die ganze Lage gegenwärtig am Getreidemarkt und wie problematisch die Getreidepreisstützung der Regierung ist. Die Preissteigerungen im Anfang und während der Mitte der vergangenen Woche hatte immerhin ein grösseres Angebot von Getreide hervorgehlockt. Trotzdem die Stützungsstellen am Sonnabend wieder in grösserem Umfang aufkauften, genügte das nur gering vergrösserte Angebot, um den erreichten Preisstand abzuflachen. Wenn sich z.B. auf dem Lieferungs-markt am Sonnabend die Preise nicht stärker ermässigten als etwa um eine Mark in den vorderen Sichten, dann ist das darauf zurückzuführen, dass die Stützungsstellen viel Material aufnahmen. Am Promptmarkt betrugen die Abflachungen ebenfalls eine Mark, obwohl hier das Angebot nicht so stark war wie am Lieferungsmarkt. Das Mehlgeschäft lag wieder schlecht. Die Beladungen, die sich während der Woche zeigten, sind verpufft. Von einem Beginn des Weihnachtsgeschäfts war am Sonnabend nichts zu merken. Die Mühlen hielten zurück, sodass z.B. das Weizenangebot am Promptmarkt nicht untergebracht werden konnte.

	11.11.	12.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	201 - 203	200 - 202
Roggen	158 - 160	157 - 159
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	162 - 169	162 - 169
Hafer	133 - 138	133 - 137
Weizenmehl	24,50 - 27,50	24,50 - 27,50
Roggenmehl	20,50 - 22,60	20,40 - 22,50
Weizenkleie	9,25 - 9,60	9,30 - 9,65
Roggenkleie	8,50 - 8,80	8,50 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $210\frac{1}{2}$ - $209\frac{1}{2}$ ($211\frac{1}{2}$), März 213 - $211\frac{1}{2}$ (214), Mai $216\frac{1}{2}$ - $215\frac{1}{2}$ (217), Roggen Dezember $167\frac{1}{2}$ - 167 ($168\frac{1}{2}$), März $171\frac{1}{2}$ - 171 ($171\frac{1}{2}$), Mai $175\frac{1}{2}$ - $174\frac{1}{2}$ (176 .)



Kriegsopfer und Arbeiter.

Tagung des Reichsbundes in Königsberg.

SPD. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der älteste und grösste Bund der Kriegsopfer, hat in Königsberg, wo er in diesen Tagen seine 21. Reichskonferenz abhielt, in gemeinsamer Front mit der Arbeiterschaft scharf und klar Kampfstellung gegen die Papenregierung bezogen. Kriegsopfer und Arbeiter sind heute mehr denn je gezwungen, gemeinsam zu marschieren - nicht nur, weil die grosse Masse der Kriegsopfer aus Arbeitern besteht, sondern weil die Lebensinteressen der Kriegsopfer von dem gleichen Feind bedroht sind wie die der Arbeiter. Kriegsinvaliden, Arbeitsinvaliden, Arbeitslose und Nocharbeitende - alle haben einen Feind: den Papenbaron, der über Hitlers Rücken in die Macht gestiegen ist.

Die Baronie fürchtet die immer mehr sich festigende Volksfront gegen den neuen Kurs. Daher ihr Versuch, vor allem die Kriegsopfer durch das Angebot politischer Vorrechte zu ködern. In Königsberg ist jedoch das von der Papenbaronie den Kriegsopfern als "Geschenk" angebotene Zusatzstimmrecht scharf abgelehnt worden. Der Bundesvorsitzende Pfändner erklärte, dass die im Reichsbund vereinigten Kriegsopfer die von der Reichsregierung angekündigte Verfassungsreform für überflüssig und für die fortschrittliche Entwicklung der deutschen Sozialpolitik sowie der Kriegsopferversorgung gefährlich halten. Der Reichsbund stehe seit seiner Gründung im Jahre 1917 auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Kriegsopfer wollten keine Vorrechte, sondern gleiches Recht für alle. Die Kriegsopfer hätten von dem Zusatzstimmrecht auch nicht den geringsten Nutzen, wenn die Reichsregierung mit Hilfe einer Verfassungsreform ihren bisher bereits gesteuerten antisozialen Kurs auf viele Jahre hinaus festlege und die soziale Entrechtung der breiten Volksmassen wiederherstelle. Die Kriegsopfer wünschten nichts dringlicher als die Rückkehr zu geordneten verfassungsmässigen parlamentarischen Verhältnissen; denn sie hätten bei der Wahrung ihrer sozialpolitischen Interessen mit der bisher zu Unrecht oft geschmähten Parlamentsdemokratie die besten Erfahrungen gemacht.

An der Verteidigung der Sozialpolitik, d.h. an dem Kampf um einen sozialen Kurs haben die Kriegsopfer genau so wie die Arbeiter das denkbar grösste Interesse. Der Reichsbund stellte daher in den Mittelpunkt seiner Königsberger Beratungen einen Vortrag des Nationalökonom Professor Dr. Paul Hermsberg von der Universität Jena über das Thema: Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. In der Krise - so lautete im wesentlichen der Gedankengang Hermsbergs - verweigert die Wirtschaft der Gesellschaft die Mittel zur Erfüllung ihrer sozialpolitischen Pflichten, und aus Sorge um den Fortbestand des erschütterten Wirtschaftsapparats trauen sich die Organe des Staates nicht, auf dem notwendigen Schutz des Menschen zu bestehen. Die Sozialpolitik wird in der Krise zur unzureichenden Armenhilfe. Die Betrachtung des Erwerbslosen-Haushalts zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Sozialpolitik ihre Aufgabe in der Wirtschaftskrise nicht erfüllt. Gegen die Gesellschaftsordnung ist der schwere Vorwurf zu erheben, dass der Staat praktisch nicht in der Lage ist,

die durch die Krise notwendig gewordene Korrektur in der Verteilung der Verbrauchseinkommen durchzuführen. Wenn sich aber einerseits die öffentliche Hand in der Krise nicht stark genug erweist, um die Forderungen der Sozialpolitik durchzuführen zu können, und wenn andererseits Wirtschaftskrisen als notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Tauschwirtschaft hingenommen werden müssen, so muss Sozialpolitik über blosse Korrekturen hinaus einer anderen Wirtschaftsordnung zustreben, in der durch planvolle Leitung der Wirtschaft Krisen vermieden werden und die öffentliche Hand stark genug ist, eine Verteilung durchzuführen, die von den Menschen als gerecht anerkannt werden kann. Gewiss bedarf gesunde Sozialpolitik einer gesunden Volkswirtschaft. Aber die Gesundung der Volkswirtschaft erfordert, dass bewusste Leitung an die Stelle des Mechanismus tritt, der seine Unzulänglichkeit in dieser Krise auch einem blinden Augenoffenbarte. Wenn sich Kräfte regen, bewusste Planwirtschaft an die Stelle mechanischer kapitalistischer Tauschwirtschaft zu setzen, so müssen alle Kräfte mobilisiert werden, aber nicht um das alte System zu retten, sondern um das neue bauen zu helfen.

Die Not der Kriegsoffer wurde von dem zweiten Bundesvorsitzenden Noa durch Vergleich der Leistungen des Jahres 1927 mit denen des Jahres 1932 beleuchtet. In der Frage der Rentenversorgung machte Noa auf die Zerstörung des Rechtsanspruchs in der Versorgung aufmerksam, wodurch die Kriegsoffer ähnlich wie die Arbeitslosen schwer geschädigt wurden. Die Rentenversorgung sei durch eine Kette von Notverordnungen in ihren Grundsätzen bedenklich erschüttert. Die vom Reichstag geschaffenen Kann-Ansprüche hätten Leistungen und Personenkreis vergrößert, die von der Ministerialbürokratie geschaffenen Kann-Ansprüche dagegen hätten beides vermindert. Diese Unterscheidung in der Wirksamkeit des Parlaments gegenüber unkontrollierbaren Kräften in der Notverordnungsgesetzgebung zeige deutlich, dass zum Wirken der Organisation die Wiederherstellung der Demokratie dringend notwendig sei.

Auch in der grossen, weltbewegenden Frage der Völkerverständigung, die durch den Kampf um die Abrüstung von neuem in den Vordergrund der internationalen Debatten gerückt wurde, ist die Kampffront der Kriegsoffer und Arbeiter auf der Tagung des Reichsbundes gestärkt worden. Der Vertreter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verkündete unter lebhaftem Beifall den Beitritt des Reichsbanners zur weit über 4 Millionen Mitglieder zählenden Kriegsoffer-Internationale "Ciamac".

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltet auch in diesem Jahr am Totensonntag wieder eine Feier zum Gedenken der im Weltkrieg gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden. Die Feier findet im Plenarsaal des Reichstages statt. Sie wird von der Funkstunde Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Ravag aus Wien übertragen.

SPD. Der Streik bei der Porzellanfabrik Kahla A.G. in Kahla (Thüringen) ist beendet. Die Direktion lenkte ein. Sie hielt es für ratsam, auf zwei Drittel ihres Notverordnungsabzugs zu verzichten. Daraufhin entschied die Belegschaft einmütig, den Kampf zu beenden.

Der Streik wurde in seltener gewerkschaftlicher Geschlossenheit geführt. Opfer - wie das bei RGO-Streiks üblich ist - blieben nicht auf der Strecke. Der Kampf trug viel zur Stärkung des gewerkschaftlichen Gedankens in Kahla bei.

die durch die Krise notwendig gewordene Korrektur in der Verteilung der Verbrauchseinkommen durchzuführen. Wenn sich aber einerseits die öffentliche Hand in der Krise nicht stark genug erweist, um die Forderungen der Sozialpolitik durchzuführen zu können, und wenn andererseits Wirtschaftskrisen als notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Tauschwirtschaft hingenommen werden müssen, so muss Sozialpolitik über blosse Korrekturen hinaus einer anderen Wirtschaftsordnung zustreben, in der durch planvolle Leitung der Wirtschaft Krisen vermieden werden und die öffentliche Hand stark genug ist, eine Verteilung durchzuführen, die von den Menschen als gerecht anerkannt werden kann. Gewiss bedarf gesunde Sozialpolitik einer gesunden Volkswirtschaft. Aber die Gesundung der Volkswirtschaft erfordert, dass bewusste Leitung an die Stelle des Mechanismus tritt, der seine Unzulänglichkeit in dieser Krise auch einem blinden Augengoffenbarte. Wenn sich Kräfte regen, bewusste Planwirtschaft an die Stelle mechanischer kapitalistischer Tauschwirtschaft zu setzen, so müssen alle Kräfte mobilisiert werden, aber nicht um das alte System zu retten, sondern um das neue bauen zu helfen.

Die Not der Kriegsoffer wurde von dem zweiten Bundesvorsitzenden Noa durch Vergleich der Leistungen des Jahres 1927 mit denen des Jahres 1932 beleuchtet. In der Frage der Rentenversorgung machte Noa auf die Zerstörung des Rechtsanspruchs in der Versorgung aufmerksam, wodurch die Kriegsoffer ähnlich wie die Arbeitslosen schwer geschädigt wurden. Die Rentenversorgung sei durch eine Kette von Notverordnungen in ihren Grundsätzen bedenklich erschüttert. Die vom Reichstag geschaffenen Kann-Ansprüche hätten Leistungen und Personenkreis vergrössert, die von der Ministerialbürokratie geschaffenen Kann-Ansprüche dagegen hätten beides vermindert. Diese Unterscheidung in der Wirksamkeit des Parlaments gegenüber unkontrollierbaren Kräften in der Notverordnungsgesetzgebung zeige deutlich, dass zum Wirken der Organisation die Wiederherstellung der Demokratie dringend notwendig sei.

Auch in der grossen, weltbewegenden Frage der Völkerverständigung, die durch den Kampf um die Abrüstung von neuem in den Vordergrund der internationalen Debatten gerückt wurde, ist die Kampffront der Kriegsoffer und Arbeiter auf der Tagung des Reichsbundes gestärkt worden. Der Vertreter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verkündete unter lebhaftem Beifall den Beitritt des Reichsbanners zur weit über 4 Millionen Mitglieder zählenden Kriegsoffer-Internationale "Ciamec".

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltet auch in diesem Jahr am Totensonntag wieder eine Feier zum Gedenken der im Weltkrieg gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden. Die Feier findet im Plenarsaal des Reichstages statt. Sie wird von der Funkstunde Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Ravag aus Wien übertragen.

SPD. Der Streik bei der Porzellanfabrik Kahla A.G. in Kahla (Thüringen) ist beendet. Die Direktion lenkte ein. Sie hielt es für ratsam, auf zwei Drittel ihres Notverordnungsabzugs zu verzichten. Daraufhin entschied die Belegschaft einmütig, den Kampf zu beenden.

Der Streik wurde in seltener gewerkschaftlicher Geschlossenheit geführt. Opfer - wie das bei RGO-Streiks üblich ist - blieben nicht auf der Strecke. Der Kampf trug viel zur Stärkung des gewerkschaftlichen Gedankens in Kahla bei.

Bei der Firma Krautheim und Adelberg in Selb (Bayern) wurden die Porzellanarbeiter ähnlich wie die Verkehrsarbeiter in Berlin von der kommunistischen RGO im trauten Verein mit den Nazis zum Zweck der Wahlpropaganda in einen wilden Streik gehetzt. Die Firma hatte auf Grund von Neueinstellungen bekannt gegeben, die Löhne laut Notverordnung für die 31. bis 40. Stunde um 45, bzw. 50% zu kürzen. Die freigewerkschaftlich Organisierten machten gegen diesen Anschlag Front und erreichten durch Verhandlungen, dass die Firma zunächst von einer 50%igen Kürzung Abstand nahm. Die RGO wollte jedoch unbedingt streiken; denn die Reichstagswahlen standen vor der Tür. Und also kam es zum Streik. Den Streikenden konnten nur dünne Suppen gegeben werden, da die Mittel zur Streikführung nur sehr spärlich eingingen. Von Geldunterstützung war kaum etwas zu sehen. Kein Wunder, wenn die Streikenden schliesslich bei den Klassengegnern um Geld und Lebensmittel betteln mussten. Es kam so weit, dass die grossen Schreier sich bei der Firma gegenseitig selbst denunzierten, und als der Karren regelrecht in den Dreck geschoben war, ersuchte die RGO-Streikleitung die Firma, im Betrieb eine Streikversammlung abhalten zu dürfen, auf der die ihrem Schicksal überlassenen Arbeiter den Streik abbrechen sollten; die Wahl hatte ja inzwischen stattgefunden. Auf der Versammlung gab es einen wilden Entrüstungssturm über das frivole Spiel der RGO-Leitung, aber dieser Sturm konnte nichts mehr daran ändern, dass die Betrogenen wie zersprengte und verängstigte Schafe in den Betrieb zurückliefen. Das Resultat: eine Anzahl Arbeitskräfte bleibt auf der Strecke.

SPD. Bei dem Hinauswurf der Mitarbeiter Otto Brauns aus den preussischen Ministerien hat die Baronie, die zur Zeit Preussen kommandiert, wieder einmal ihren Hass gegen die Arbeiter geoffenbart; denn sie hat auch Arbeitskräfte aus den Ministerien hinausbefördert, deren Hauptaufgabe es war, für Frauen- und Kinderschutz zu sorgen und dem Heimarbeiterelend zu steuern. So wurde z.B. im preussischen Handelsministerium Frau Ministerialrat Trapp der Stuhl vor die Tür gesetzt. Frau Trapp hatte reiche Erfahrungen auf dem ihr anvertrauten Gebiet, die aus 20 Jahre langer sozialpolitischer Arbeit stammen. Aber was kümmert die Herrenmenschen Frauen- und Kinderschutz und gar die Sorge um die Heimarbeiter? Das alles ist ihnen herzlich gleichgültig, und deshalb sparen sie mit Vorliebe dort, wo die Republik ihren Stolz dreinsetzte, etwas für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu leisten.

Und diese Baronie rühmt sich jeden Tag selbst als christlich und national. Sie ist weder das eine noch das andere.

SPD. In Frankreich will der Allgemeine Beamtenbund im Kampf gegen die Senkung der Beamtengehälter ein gemeinsames Vorgehen aller interessierten Organisationen unter der Führung des Bundeskartells der öffentlichen Betriebe (Post, Eisenbahn usw.) herbeiführen. Der Bund droht der Regierung mit passivem Widerstand der Beamtenschaft. Die Regierung rechnet noch immer mit einer Verständigung. Der Innenminister erklärte der Presse, die kleinen Gehälter würden nicht angetastet, die mittleren nur in geringem Masse, und die Familienzuschläge würden in vollem Umfang stehen bleiben.
